



Tarifverhandlungen Mindestlohn: Wir erwarten ein besseres Angebot!

// In der dritten Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag Mindestlohn in der Weiterbildung nach SGB II und III am 21. März 2022 hat die Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) ein neues Angebot vorgelegt, das zwar Bewegung zeigt, der Erwartungshaltung der Beschäftigten jedoch keineswegs gerecht wird. //

Das **Arbeitgeberangebot** vom 21. März 2022 sieht eine Laufzeit von 4 Jahren – vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2026 – sowie folgende unterschiedliche Erhöhungsschritte in **Gruppe 1** und **Gruppe 2** vor:

	Gruppe 1	Gruppe 2
Zum 1. Januar 2023	3,5 Prozent	3,5 Prozent
Zum 1. Januar 2024	3,5 Prozent	3,75 Prozent
Zum 1. Januar 2025	3,5 Prozent	3,9 Prozent
Zum 1. Januar 2026	3,5 Prozent	4,0 Prozent

Bewertung des Arbeitgeberangebots

Die Arbeitgeberseite hat bei der linearen Steigerung der Entgelte etwas nachgebessert, sich jedoch noch nicht ausreichend bewegt. Wertschätzung sieht immer noch anders

aus. Die Beschäftigten erbringen eine hohe Leistung unter schwierigen Pandemie-Bedingungen. Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter an. Das muss auch die Arbeitgeberseite anerkennen. Strukturell ist es überraschend, dass das neue Angebot – anders als das erste Angebot vom 1. März 2022 – unterschiedliche Erhöhungen der Entgelte in Gruppe 1 und 2 vorsieht. Das würde bedeuten, dass sich beide Gruppen noch weiter auseinanderentwickeln. Damit wird die gewerkschaftliche Forderung, beide Gruppen wieder zusammenzuführen, gänzlich konterkariert. Das ist für uns nicht hinnehmbar!

Unsere Erwartungen

Es muss deutlich nachgelegt werden, damit die Entgelte auch in der Weiterbildungsbranche in Zukunft deutlich über dem neuen gesetzlichen Mindestlohn liegen und damit die Branche für die Fachkräfte attraktiver wird. Die Gewerkschaften haben die Zweckgemeinschaft des BBB noch einmal ausdrücklich aufgefordert, bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 4. April 2022 in Hannover ihr Angebot erheblich nachzubessern, sollten sie, wie sie es mehrmals in den Verhandlungen bekundet haben, mit uns zu einer schnellen Einigung zum neuen Mindestlohn kommen wollen.

Geflüchtete aus der Ukraine: GEW fordert schnelle Bildungsangebote

In einer Pressemitteilung vom 11.03.2022 begrüßte die GEW ausdrücklich die Pläne der Kultusministerkonferenz (KMK), schnell Bildungsangebote für Geflüchtete aus der Ukraine zu schaffen. Die Einrichtungen brauchen jetzt schnelle unbürokratische Unterstützung.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüft derzeit noch, inwieweit Geflüchtete aus der Ukraine **Zugang zu Sprachkursen** erhalten.

Die Inanspruchnahme an Sprach- und Integrationskursen – vor allem der Mütter – muss jetzt vereinfacht werden. Diese können im nächsten Schritt auch zu deren Teilnahme an Aus- oder Weiterbildungen beitragen. Die Betreuung der Kinder während der Kurse und während der Arbeit muss ebenfalls sichergestellt werden.

Aufgrund der guten Qualifikation der ukrainischen Geflüchteten ist die Anerkennung der im Herkunftsland erreichten beruflichen und akademischen Abschlüsse von zentraler Bedeutung. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass anerkannte Abschlüsse die Erwerbstätigkeit und die Verdienste von Migrant*innen auf lange Sicht erhöhen. Gleichzeitig wird aber die Anerkennungsmöglichkeit wegen der vielschichtigen Hindernisse im Verfahren nicht im vollen Umfang wahrgenommen.

Die Bildungseinrichtungen brauchen deshalb nun mehr denn je die volle politische Unterstützung. Es bedarf multi-professioneller Teams sowie zusätzlichen Personals für die Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen und angemessener Räumlichkeiten. Zudem bedarf es umfangreicher Angebote für die Beschäftigten, um mit den Traumata der Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können, sowie zusätzlicher Lehrkräfte für ‚Deutsch als Zweit-/Fremdsprache‘ (DaZ/DaF) und herkunftssprachlicher Fachkräfte. Wichtig ist, dass die Arbeitsbedingungen in den Sprachkursen verbessert werden. Es müssen Dauerstellen geschaffen werden, die tariflich gebunden bezahlt werden.

Die Bundesregierung muss den Zugang zu Sprachkursen ebenso gewährleisten wie eine zügige und unkomplizierte Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Qualifikationen. Gerade an letzterem Punkt hapert es bislang bei Menschen aus Drittstaaten, die in Deutschland arbeiten wollen. Mit Blick auf die zunächst befristete Aufenthaltsperspektive ukrainischer Geflüchteter ist es aber besonders wichtig, Qualifikationen schnell anzuerkennen, weil Geflüchtete nur so in passende Beschäftigung vermittelt werden können.

Dokumentation der GEW Herbstakademie 2021 veröffentlicht

Die GEW Herbstakademie 2021 mit der Thematik „Nationale Weiterbildungsstrategie – Wie weiter?“ fand als hybride Veranstaltung in der FernUniversität Hagen statt. Inhaltlich schloss die Herbstakademie 2021 an die Herbstakademie 2019 an der Goethe-Universität Frankfurt an. Die GEW widmete 2019 den gewerkschaftlichen Forderungen in der Nationalen Weiterbildungsstrategie eine umfangreiche Tagung. Die dort erarbeiteten Positionen haben wir die letzten zwei Jahre in der Nationalen Weiterbildungsstrategie intensiv verfolgt – nicht nur in der NWS selbst, sondern auch im DGB. In der Herbstakademie 2021 wurde folgerichtig dann die Frage thematisiert: „Wie weiter mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie?“

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Über 100 Menschen nahmen an der Herbstakademie teil, davon ein großer Teil Multiplikator:innen. Viele angesprochenen Themen konnten wir direkt in die Politik fließen lassen und finden sich im Koalitionsvertrag 2021–25 der neuen Bundesregierung wieder. Die vorliegende Dokumentation enthält den Verlauf der Tagung, die Inhalte der Vorträge und Diskussionen und die Positionen der GEW. Es finden sich u.a. Beiträge von Prof. Dr. Ada Pellert, der Rektorin der FernUniversität Hagen, Prof. Dr. Dieter Nittel und Prof. Dr. Julia Schütz, beide u.a. engagiert in dem Zentrum für pädagogische Berufsgruppen- und Organisationsforschung der FernUniversität Hagen, Anja Meierkord, Arbeitsmarktökonomin bei der OECD, Elke Hanneck, stellvertretende Bundesvorsitzende des DGBs, sowie vielen anderen in der Erwachsenen- und Weiterbildung engagierten (GEW) Kolleg:innen.

Die Broschüre ist [hier](#) online abrufbar oder zu bestellen im GEW Shop (www.gew-shop.de).

